



Ein System läuft heiß

EEG-Umlage. Die Förderung der erneuerbaren Energien wird die Privathaushalte und die Unternehmen im kommenden Jahr erneut stärker belasten. Denn die sogenannte EEG-Umlage steigt zum 1. Januar um 18 Prozent auf 6,24 Cent pro Kilowattstunde.

Der Aufschlag auf den Strompreis dürfte sich für die deutschen Stromkunden 2014 voraussichtlich auf 23,6 Milliarden Euro summieren. Davon entfallen 19,4 Milliarden Euro auf die Förderung der Ökostromanlagen, 2,2 Milliarden Euro werden als Nachzahlung für 2013 fällig und 1,9 Milliarden Euro werden als Liquiditätspuffer benötigt.

Für einen Dreipersonenhaushalt bedeutet das 2014 im Schnitt Kosten von 301 Euro – das sind 46 Euro mehr als im Jahr 2013 (Grafik). Singles zahlen für die EEG-Umlage im kommenden Jahr 152 Euro, ein Plus von rund 23 Euro.

Die steigenden Kosten sind der Systematik geschuldet, mit der in Deutschland die erneuerbaren Ener-





gien subventioniert werden (Kasten Seite 2). Der massive Ausbau besonders teurer erneuerbarer Energien hat in den vergangenen Jahren zu immer höheren Kosten geführt.

Der Rückgang der Börsenpreise für Strom kann für einen weiteren Teil der Umlage verantwortlich gemacht werden. Ein Rückgang des Strompreises um 1 Cent pro Kilowattstunde hat eine Erhöhung der Umlage um rund 0,2 Cent zur Folge.


Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern, wurden für einen Teil der Firmen die →

Was die EEG-Umlage kostet

Seit dem Jahr 2000 finanzieren die deutschen Stromverbraucher den Ausbau der erneuerbaren Energien über die Umlage nach dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz). Diese Umlage müssen alle Haushalte auf ihren Stromverbrauch zahlen.

	EEG-Umlage inklusive Mehrwertsteuer in Cent je Kilowattstunde	Jährliche Gesamtsumme für Haushalte in Euro			
		1 Person 	2 Personen 	3 Personen 	4 Personen und mehr 
2000	0,2	4,76	7,98	9,40	11,46
2012	3,592	87,63	147,04	173,12	211,16
2013	5,277	128,73	216,02	254,33	310,21
2014	6,24	152,22	255,44	300,74	366,82

Quelle: IW Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 43 - Foto: visidia - Fotolia.com

Inhalt

Währungsunion. Seit 20 Jahren gelten klare fiskalische Kriterien, doch viele Euroländer verstoßen gegen sie – auch Deutschland.
Seite 3

Sparen. Die Deutschen lieben es, Geld zurückzulegen. Doch die EZB macht es ihnen schwer, einen Wunschbetrag für das Alter anzusparen.
Seite 4-5

Personalpolitik. Prädikat TOTAL E-QUALITY – 59 Unternehmen und Verwaltungen werden ausgezeichnet, weil sie auf Chancengleichheit setzen.
Seite 6

Teilzeit. Nur 8 Prozent der Führungskräfte in Deutschland arbeiten nicht in Vollzeit. Chef-Sein für 30 Stunden die Woche ist Frauensache.
Seite 7

Immobilienwirtschaft. Deutschland hat sich nach dem Konjunkturunbruch schnell erholt – auch durch die wachsende Immobilienwirtschaft.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Umlagesätze reduziert. Trotzdem hat auch die Wirtschaft enorme Mehrkosten für ihren Strom zu schultern. Die Industrie zahlt schon 2013 mehr als 6 Milliarden Euro für die Ökostromumlage. Handel, Gewerbe und Dienstleistungen steuern noch einmal 4 Milliarden Euro bei. Im Jahr 2014 steigt dieser Kostenblock erneut deutlich an.

Firmen mit hohem Stromverbrauch können zwar anders als Privatleute direkt an der Strombörse einkaufen und damit von den derzeit niedrigen Preisen profitieren. Aber: Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich dadurch nicht. Denn wegen der zunehmenden europäischen Vernetzung des Strommarktes kommt die Baisse der Strompreise auch der ausländischen Konkurrenz zugute, diese muss aber nicht die EEG-Umlage tragen.

Wie stark die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schon jetzt beeinträchtigt ist, zeigt sich anhand einer Vergleichsrechnung:

Die deutsche Industrie musste für eine Megawattstunde Strom 2012

EEG-Umlage

Die EEG-Umlage existiert seit dem Jahr 2000. Mit dem über die Stromrechnung eingesammelten Geld fördern Privathaushalte und Unternehmen die Stromerzeugung in Form von erneuerbaren Energien.

Wie viel die Verbraucher zahlen müssen, wird jedes Jahr aufs Neue festgesetzt. Die Umlage hängt dabei von drei Faktoren ab: erstens von den Garantien für die Produzenten von Ökostrom, zweitens von den Preisen an der Strombörse und drittens vom Stromverbrauch, auf den die Mehrkosten umgelegt werden.

So bekommen die Ökostromproduzenten für die eingespeiste Menge einen Garantipreis von der Strombörse. Dort liegen die Preise allerdings deutlich unter der zugesicherten Vergütung. Die Lücke gleichen die Stromkunden durch die EEG-Umlage aus.

Fällt der Börsenpreis wie zuletzt, steigt die EEG-Umlage weiter an und für den Stromkunden wird der Strom wieder ein wenig teurer. Die Mehrkosten aus der wachsenden Produktion von subventioniertem Ökostrom kommen aber noch oben drauf. Sie erhöhen die EEG-Umlage ebenfalls und treiben den Strompreis für die Verbraucher in die Höhe.

Der aktuell recht niedrige Börsenpreis hat mehrere Ursachen: So sind beispielsweise Kohlendioxid-Emissionsrechte sehr günstig. Außerdem drückt der Ökostrom den Börsenpreis. Das große Angebot lässt den Preis sinken, wodurch der Abstand zu den festen Vergütungen immer größer wird. Also muss die Umlage steigen, um die Lücke auszugleichen.

Das Argument, die Haushalte würden nur so stark belastet, weil große Teile der Wirtschaft von der Umlage befreit seien, greift zu kurz. Selbst wenn alle Ausnahmen gestrichen würden, fiel die EEG-Umlage nur um gut 1 Cent geringer aus. Besonders energieintensive Firmen stünden dann aber am Standort Deutschland vor dem Aus.

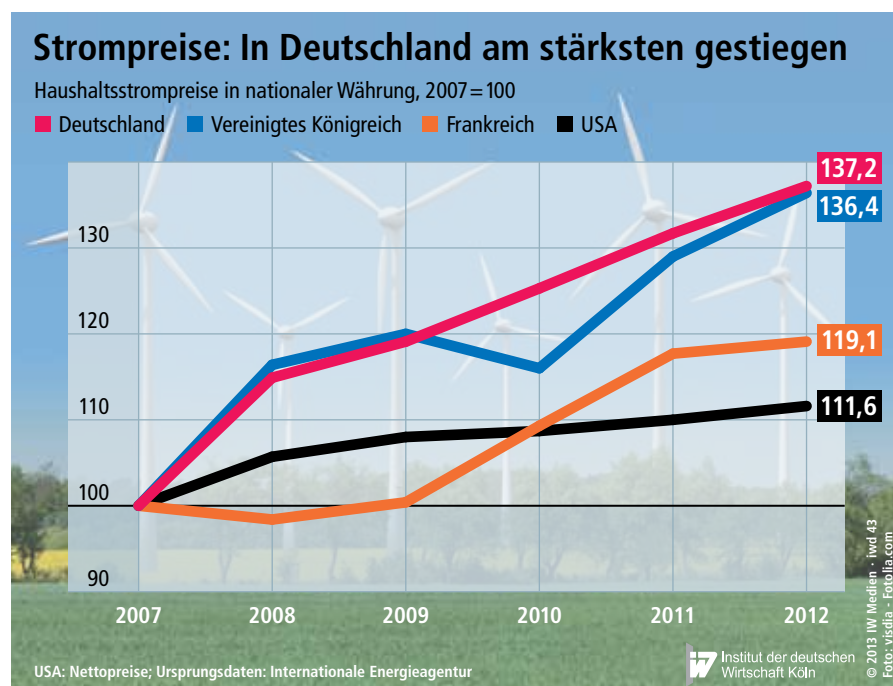
rund 45,5 Prozent mehr auf den Tisch legen als 2007. In den USA lag der Anstieg nur bei 4,8 Prozent.

Nicht viel besser dran sind die privaten Haushalte in Deutschland. Für sie hat sich der Strom ebenfalls

deutlich stärker verteuert als für die US-Bürger (Grafik).

Der moderate Strompreisanstieg in den USA spiegelt die allgemeine Entwicklung der Energiepreise in Nordamerika wider. Die großen Erfolge bei der Gasförderung – Stichwort Fracking – haben dazu geführt, dass der Gaspreis dort in den Keller gegangen ist. In der Folge haben auch die Strompreise weit weniger stark angezogen als hierzulande.

Auch künftig ist für die einheimischen Stromverbraucher kaum Entlastung in Sicht. Bestehende Wind-, Biomasse- und Solaranlagen werden noch bis zu 20 Jahre lang gefördert. Wenn man die Belastung wirklich reduzieren wollte, müsste man entweder in die Ansprüche der Besitzer von Windparks und Solarpanels eingreifen – aus Gründen des Bestandschutzes ist dies fast ausgeschlossen. Oder man finanziert die EEG-Subventionen aus dem Bundeshaushalt.



Viele Regelverstöße

Währungsunion. Vor 20 Jahren stellten die Staats- und Regierungschefs von zwölf europäischen Ländern in Maastricht die Weichen für die Währungsunion. Um an ihr teilnehmen zu können, müssen die Staaten klare Bedingungen erfüllen – auf dem Papier. In der Praxis haben viele Euroländer bereits mehrfach vor allem gegen die fiskalischen Kriterien verstoßen.

Aus ökonomischer Sicht ist es durchaus sinnvoll, die Mitgliedschaft im „Euro-Club“ an die sogenannten Konvergenzkriterien zu koppeln (vgl. Erläuterungen zur Grafik). So sind nahezu ausgeglichene Haushalte und ein niedriger Schuldenstand – sprich: solide Staatsfinanzen – eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Wert des Geldes stabil bleibt.

In der Realität hat der wirtschaftliche Sachverstand allerdings oft hinter politischen Erwägungen zurückstehen müssen. Dies war schon 1997 der Fall, als die EU entschied, welche Länder zum Jahresbeginn 1999 beim Euro-Start dabei sein durften. Beispiel Schuldenstand:

Von den elf Gründungsmitgliedern der Währungsunion konnten gerade einmal drei – Luxemburg, Finnland und Frankreich – Schulden von weniger als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung vorweisen.

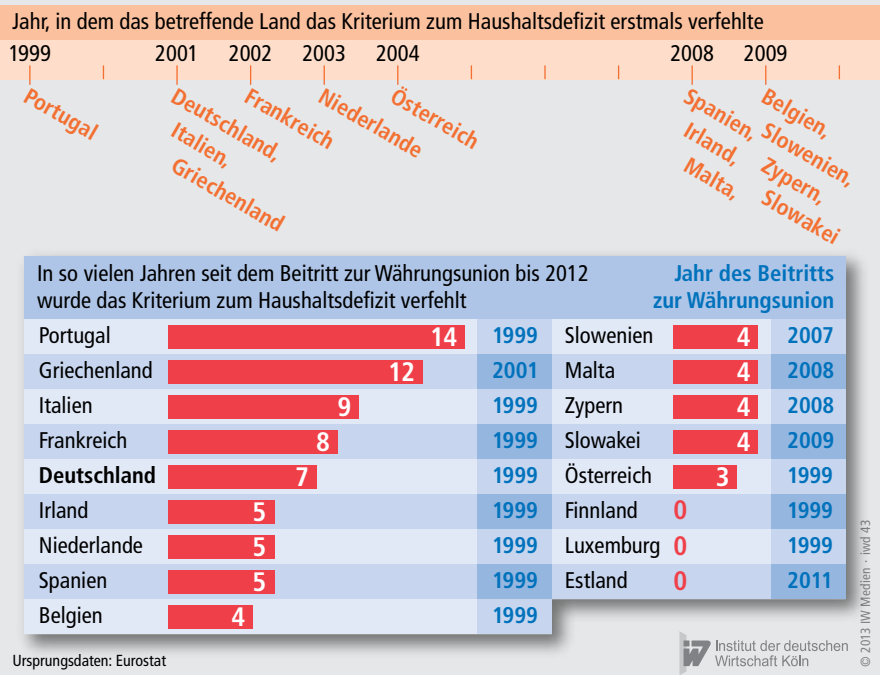
Andere Länder überschritten den Grenzwert zum Teil deutlich – in den Niederlanden betrug die Schuldenquote 72 Prozent, in Italien und Belgien sogar mehr als 120 Prozent. Doch offenbar wollte man in Brüssel diese Länder nicht von der gemeinsamen Währung ausschließen –

Maastricht-Kriterien: Die Haushalts-Sünder

Am 1. November 1993 trat der im niederländischen Maastricht unterzeichnete Vertrag über die Europäische Union in Kraft. In ihm wurde unter anderem vereinbart, bis spätestens 1999 eine Währungsunion einzuführen. Jedes Land, das der Währungsunion beitreten möchte, muss vier sogenannte Konvergenzkriterien erfüllen:

- Hoher Grad der Preisstabilität
- Einhaltung der normalen Bandbreiten des europäischen Wechselkursmechanismus seit mindestens zwei Jahren
- Konvergenz der langfristigen Zinssätze
- Auf Dauer tragfähige Finanzlage der öffentlichen Hand, konkret:
 - Staatlicher Schuldenstand von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts
 - Jährliche Neuverschuldung des Staates (Haushaltsdefizit) von maximal 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Im Jahr 1997 beschloss die EU zudem den Stabilitäts- und Wachstumspakt, demzufolge die Teilnehmer an der Währungsunion das Schulden- und das Haushaltsdefizit-Kriterium auch dauerhaft einhalten müssen. In der Praxis war und ist dies allerdings häufig nicht der Fall.



schließlich gehörten sie zu den Gründern der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren.

Auch die Neuverschuldungs-Marke von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wurde bereits bei der Euro-Einführung und erst recht danach immer wieder übertroffen (Grafik):

Seit ihrem Beitritt zur Währungsunion haben sich Portugal und Griechenland in jedem Jahr stärker neu verschuldet, als es das 3-Prozent-Kriterium vorsieht.

Aber auch Deutschland hat sich in Sachen Haushaltsdisziplin seit 1999 nicht gerade mit Ruhm bekleckert – sieben Mal lag das deutsche

Budgetdefizit bislang über der zulässigen Grenze. Außerdem sorgten Deutschland und Frankreich im Jahr 2003 dafür, dass das bei einem übermäßigen Defizit vorgesehene Sanktionsverfahren ausgesetzt wurde. Damit verstießen die beiden Länder gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Zuletzt allerdings präsentierte sich Deutschland als fiskalischer Musterknabe – und legte 2012 mit 0,2 Prozent des BIP den einzigen Etat-Überschuss aller Euroländer vor. Elf der mittlerweile 17 Mitglieder der Währungsunion lagen mit ihrem Haushaltsdefizit zum Teil weit über der 3-Prozent-Marke.

Die Krux mit den Niedrigzinsen

Sparen. Seit eh und je sind die Deutschen eifrige Sparer – gerade auch im Vergleich zu anderen Ländern. Derzeit haben die Bundesbürger aber ihre liebe Mühe, einen bestimmten Wunschbetrag für das Alter anzusparen. Denn im Kampf gegen die Euro-Schuldenkrise hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins so stark gesenkt, dass Geldanlagen kaum noch Erträge bringen.

Am 30. Oktober ist wieder Weltspartag. Ins Leben gerufen wurde er 1924, als der italienische Professor Filippo Ravizza den letzten Tag des ersten Internationalen Sparkassenkongresses zum Weltspartag ausrief. Die Idee dahinter war und ist, das Bewusstsein der Bevölkerung dafür zu stärken, wie wichtig das Sparen für die eigene Vorsorge ist.

Die Deutschen haben sich diesen Appell offenbar in besonderem Maße zu Herzen genommen – jedenfalls lässt sich hierzulande von einer ausgeprägten Sparkultur sprechen. Zwar ist die Sparquote in der Bundesrepublik in letzter Zeit gesunken, sie liegt aber immer noch deutlich über den Werten vieler anderer Länder (Grafik):

Während die privaten Haushalte in Deutschland im laufenden Jahr durchschnittlich gut 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante legen, sind es zum Beispiel in den USA lediglich etwas mehr als 2 Prozent.

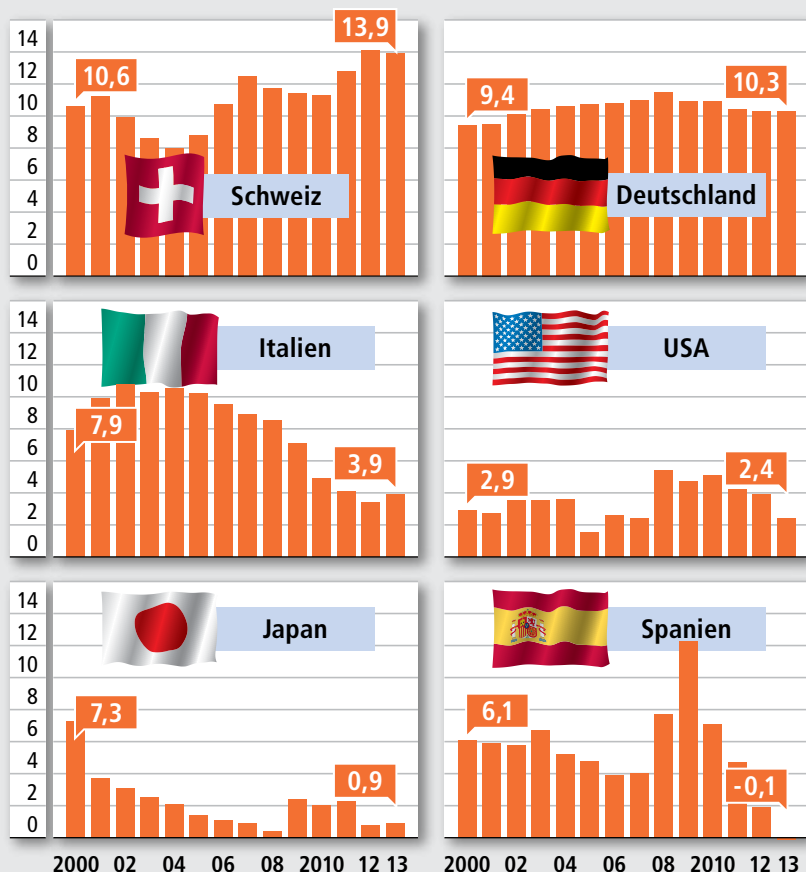
Die Japaner stecken nicht einmal 1 Prozent ihres verfügbaren Einkommens in die private Vorsorge und die Spanier machen 2013 per saldo sogar mehr Schulden, als sie sparen.

Die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind nicht zuletzt auf besondere wirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen. Dass beispielsweise die US-Amerikaner so wenig sparen, liegt zwar zum Teil am konsumorientierten „Way of Life“. Hinzu kamen in den vergangenen Jahren aber auch die niedrigen Zinsen, eine laxe Kreditvergabe durch die Banken sowie steigende Immobilienpreise. Statt zu sparen, stürzten sich viele US-Bürger daher tief in die Schulden, um ein eigenes Haus zu finanzieren.

Für die meisten Japaner lohnt es sich angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlichtweg nicht, ihr Geld zurückzulegen. Aufgrund der anhaltenden Rezession sind die Zinsen extrem niedrig, sodass Sparguthaben keine oder nur sehr geringe Erträge abwerfen. Zudem kämpft die japanische Volkswirtschaft mit sinkenden Preisen, die den realen Wert der vorhandenen Vermögen ganz ohne zusätzliche Ersparnisse steigen lassen. Der „Anti-Spartrend“ wird außerdem noch durch den Umstand verstärkt, dass die japanische Gesellschaft besonders schnell altert.

Sparquoten international

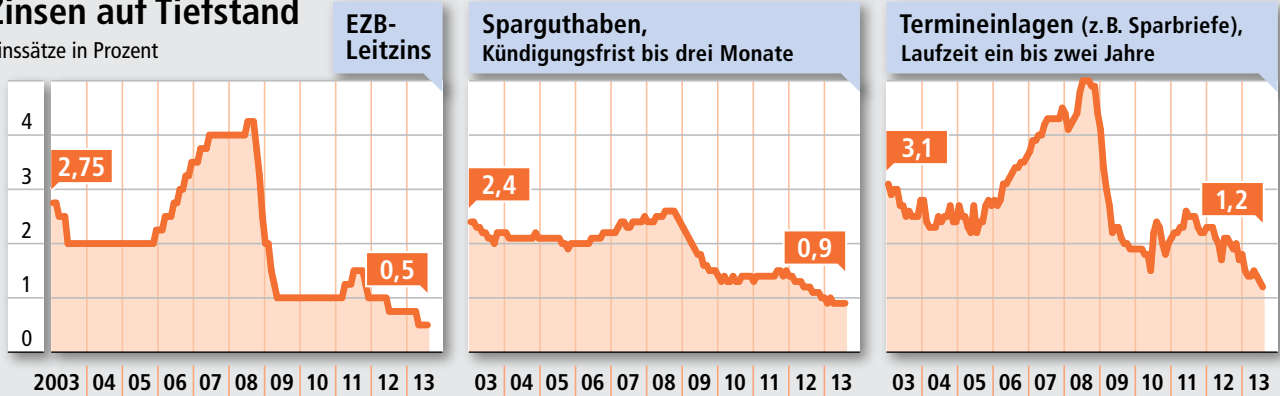
Nettoersparnis der privaten Haushalte in Prozent des verfügbaren Einkommens



2013: Prognose; Nettoersparnis: zum Beispiel ohne Rücklagen für werterhaltende Reparaturen am eigenen Haus; Spanien: negativer Wert für 2013 bedeutet, dass Haushalte mehr Schulden gemacht als gespart haben; Quelle: OECD

Zinsen auf Tiefstand

Zinssätze in Prozent



Stand: jeweils Monatsende; Quelle: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 43

Das Thema „niedrige Zinsen“ beschäftigt aber auch die Bundesbürger stärker. Seit sich der Leitzins in der Europäischen Währungsunion immer mehr der Nulllinie annähert, sind die klassischen Sparformen kaum noch rentabel (Grafik):

Termineinlagen mit ein- bis zweijähriger Laufzeit zum Beispiel warfen zuletzt im Schnitt nur 1,2 Prozent Zinsen ab – im Herbst 2008 waren es noch 5 Prozent.

Sparzinsen, die kaum die Preissteigerung ausgleichen, dürften künftig stärker dazu führen, dass viele private Haushalte von Sparplänen, Lebensversicherungen und Ähnlichem die Finger lassen und

sich von ihrem Verdienst lieber neue Möbel oder ein neues Auto kaufen.

Wer sich allerdings ein festes Sparziel bis zum Renteneintritt gesetzt hat, der muss sich beim Sparen nun deutlich stärker ins Zeug legen. Eine Beispielrechnung: Ein 30-jähriger Arbeitnehmer, der für seine Altersvorsorge bis zum Beginn des 67. Lebensjahres 152.000 Euro ansparen möchte, muss bei einem Zinssatz von 5 Prozent 1.500 Euro pro Jahr beiseitelegen. Fällt der Zinssatz aber auf 2,5 Prozent, ist das Vorsorgeziel nur mit einer jährlichen Sparrate von 2.550 Euro zu erreichen.

Viele Haushalte dürften jedoch kaum genug Spielraum haben, um

mehr zu sparen – bzw. sie müssten ihren Konsum einschränken. Einer Studie des Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken zufolge werden daher 2013 wohl nur 64 Prozent der Bundesbürger so viel sparen können, wie sie eigentlich vorhatten – im Vorjahr lag der Anteil noch bei 71 Prozent.

Zudem legen die Deutschen ihr Geld oft nur noch kurzfristig an, um dann in längerfristige Sparformen umzuschichten, wenn die Zinsen einmal wieder steigen. Solange jedoch die Schuldenkrise in einigen Euroländern noch nicht überwunden ist, kann und wird die EZB kaum an der Zinsschraube drehen.

Max-Weber-Preis: Bewusst Verantwortung übernehmen

Zum elften Mal vergibt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) den Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik. Das Motto lautet diesmal „Verantwortung der Unternehmen – für eine Kultur der Mitverantwortung“. Wie viel Mitverantwortung für die Gesellschaft sollten Firmen übernehmen? Wissenschaftler jedes Alters sowie Autoren und Studierende, die sich mit dieser und ähnlichen wirtschafts- und unternehmensethischen Fragen befasst haben, können sich mit ihren Beiträgen bis zum 31. März 2014 bewerben – in diesen drei Kategorien:

1. Wissenschaftspreis: Der mit 5.000 Euro dotierte Max-Weber-Preis wird für Dissertationen, Habilitationen oder andere wissenschaftliche Publikationen aus den Jahren 2012 und 2013 vergeben.

2. Lehrbuchpreis: Die Auszeichnung ist mit 2.500 Euro dotiert und für alle Formen von Schul- und Lehrbüchern offen.

3. Ausbildungspreis: Für Hausarbeiten oder Aufsätze von Schülern, Auszubildenden und Studenten ist ein Preis in Höhe von 1.500 Euro ausgesetzt.

Die Auszeichnungen werden am 9. Oktober 2014 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften verliehen.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.max-weber-preis.de oder beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Dominik H. Enste, Kompetenzfeldleiter Institutionenökonomik, Postfach 10 19 42, 50459 Köln, Telefon: 0221 4981-731, Telefax: 0221 4981-99731, E-Mail: max-weber-preis@iwkoeln.de

Chancengleichheit? Ausgezeichnet!

Personalpolitik. Am 28. Oktober erhalten 35 Unternehmen sowie 24 öffentliche Verwaltungen – darunter die Stadt Köln – in Stuttgart ein Prädikat für ihre vorbildliche, auf Chancengleichheit ausgerichtete Personalpolitik. Die TOTAL E-QUALITY-Auszeichnung, die ihr Augenmerk insbesondere auf die Karriereentwicklung von Frauen legt, wird in diesem Jahr bereits zum 20. Mal verliehen.

IBM Deutschland hat eine besonders pfiffige Personalabteilung. Seit Jahren baut das IT- und Beratungsunternehmen das Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle weiter aus, mittlerweile gibt es dort sogar Jobsharing für Führungskräfte (vgl. Seite 7). Darüber hinaus tauschen sich die Mitarbeiter in Ausschüssen und Arbeitskreisen über Diversity-Know-how aus und IBM-Mentoren machen Schülerinnen auf die für das

Unternehmen so wichtigen MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – neugierig, um sie für eine entsprechende Ausbildung zu begeistern.

Für sein Engagement in Sachen Chancengleichheit wird IBM regelmäßig ausgezeichnet, am 28. Oktober beispielsweise erhält das Unternehmen zum sechsten Mal das TOTAL E-QUALITY-Prädikat. Dieser vom Bundesfamilienministerium unterstützte Preis wird in diesem Jahr an 59 Organisationen verliehen. Bereits seit 20 Jahren prämiert der Verein „TOTAL E-QUALITY Deutschland“ Firmen, die sich für die Chancengleichheit und Frauen in Führungspositionen einsetzen.

Denn Chefinnen sind in Deutschland immer noch vergleichsweise selten (Grafik):

Nur rund 11 Prozent der Unternehmen, die mindestens fünf Mitarbeiter

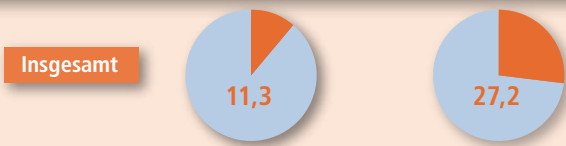
beschäftigen, werden von einer Frau geleitet – bei den Großunternehmen sind es sogar nur 2 Prozent.

Ganz anders in den USA, dem Mutterland des Diversity Managements. Laut der US-Kommission für chancengerechte Beschäftigung nehmen Frauen landesweit 29 Prozent der obersten Führungspositionen – also Unternehmensleitung, Geschäftsführung, Vorstand – ein. In der zweiten Führungsebene sind in den USA bereits fast vier von zehn Vorgesetzten weiblich, in der Gesundheitsbranche gibt es sogar schon mehr Frauen als Männer in leitenden Positionen – allerdings arbeiten dort auch insgesamt weit mehr Frauen als Männer.

Von solchen paritätischen Verhältnissen sind in Deutschland vor allem die technisch ausgerichteten Unternehmen noch weit entfernt – im Durchschnitt befinden sich hier nur 17 Prozent der Führungspositionen in Frauenhand. Um den Frauenanteil in dieser Branche zu erhöhen, führt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums zusammen mit dem Verein Deutscher Ingenieure (VDI) das Projekt EXIST-ING durch. Es bietet Unternehmen, die ihren Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen wollen, ein komplettes Paket: von der kostenlosen Beratung über das Training bis hin zur Begleitung bei der Implementierung von Maßnahmen, die die Chancengleichheit erhöhen.

Frauen in Führungspositionen

	So viel Prozent der Unternehmen werden von einer Frau geleitet	So viel Prozent der Führungspositionen sind von Frauen besetzt
Branche		
Verarbeitendes Gewerbe und Bau	7,2	16,6
Dienstleistungen	13,1	31,7
Region		
Westdeutschland	10,0	22,5
Ostdeutschland	16,0	32,3
Unternehmensgröße		
5 bis 49 Mitarbeiter	12,0	27,4
50 bis 249 Mitarbeiter	6,3	26,2
250 Mitarbeiter und mehr	2,3	24,4



Befragung von 1.468 Unternehmen mit mindestens fünf Mitarbeitern im Sommer 2012; Quelle: IW-Personalpanel

30-Stunden-Chefs

Teilzeit. In Deutschland üben derzeit 8 Prozent der Führungskräfte ihren Job in Teilzeit aus. Meist sind es Frauen, die sich auf innovative Arbeitsmodelle wie die Tandem-Führung einlassen oder das Chef-Dasein in einer 30-Stunden-Woche bewältigen.

Bosch und McKinsey tun es, ebenso die Allianz und die Telekom: Sie beschäftigen Führungskräfte, die in Teilzeit arbeiten. Damit gehören sie allerdings immer noch zu einer Minderheit, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) festgestellt hat (Grafik):

Im Jahr 2012 gab es in der Bundesrepublik lediglich in jedem fünften Unternehmen Teilzeit-Chefs.

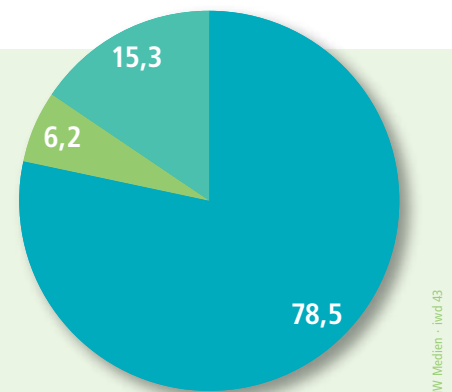
Angesichts des immer größer werdenden Fachkräftemangels dürfte die Quote in den nächsten Jahren jedoch sukzessive steigen – zumal schon heute 80 Prozent der Betriebe

Teilzeit und Karriere

In so viel Prozent der Unternehmen arbeiten ...

- ... keine Führungskräfte in Teilzeit
- ... bis zu 20 Prozent der Führungskräfte in Teilzeit
- ... mehr als 20 Prozent der Führungskräfte in Teilzeit

Befragung von 1.468 Unternehmen mit mindestens fünf Mitarbeitern im Sommer 2012; Quelle: IW-Personalpanel



iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwvd 03

Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf planen oder bereits umsetzen.

Männliche Teilzeit-Chefs sind übrigens die absolute Ausnahme: Im Frühjahr 2013 veröffentlichte das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung eine Studie, wonach fast 16 Prozent der deutschen Managerinnen höchstens 30 Stunden die Woche arbeiten, aber lediglich rund 1 Prozent der Manager.

Und was ist mit den Führungspositionen, die ein Stelleninhaber in Teilzeit allein nicht ausfüllen kann? Auch diese Jobs lassen sich in Teilzeit bewältigen – nämlich von zwei

Teilzeitlern. Tandem-Führung oder Top-Sharing nennt man solch ein Konstrukt in der Fachsprache. Die Doppelspitze hat zudem den Charme der besseren Erreichbarkeit: Ist der eine Chef krank oder auf Dienstreise, ist immer noch ein zweiter Entscheider ansprechbar – vorausgesetzt, die beiden Verantwortlichen harmonisieren gut und kommunizieren miteinander.

Weitere Informationen zu Führungskräften in Teilzeit gibt es unter:
www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de

Auszeichnung für Aktien-Experten

Wirtschafts-Nobelpreis 2013. Der mit 8 Millionen Schwedischen Kronen dotierte Wirtschafts-Nobelpreis geht in diesem Jahr an die drei amerikanischen Ökonomen Eugene F. Fama, Lars Peter Hansen und Robert J. Shiller. Alle drei haben sich in ihren Forschungen mit den Kursbewegungen an den Kapitalmärkten beschäftigt, offiziell erhalten sie die Auszeichnung für ihre „empirische Analyse der Preise von Vermögenswerten“. Fama analysierte, ob die Aktienkurse sämtliche Informationen über den Unternehmenserfolg widerspiegeln; Shiller ging der Frage nach, wie Preisblasen auf den Finanzmärkten entstehen, und Hansen entwickelte die statistische Methodik für diese Fragestellungen.

Professor Fama aus Chicago ist der Vater der Effizienzmarkthypothese, nach der die Aktienkurse bereits alle verfügbaren Informationen über die Unternehmen enthalten. Denn der Hypothese zufolge sind die Aktienhändler die Ersten, die neue Informationen über ein Unternehmen gewinnbringend einsetzen wollen. Sobald der Aktienkurs reagiert hat, sind die Neuigkeiten eingepreist – mit ihrer Hilfe lassen sich dann keine Gewinne mehr erzielen.

Yale-Ökonom Shiller zweifelte genau diese Hypothese an und zeigte, dass Aktienkurse sehr wohl zu Über- und Unterbewertungen und sogar zu Preisblasen neigen. Shiller ist zudem Autor des Ökonomen-Bestsellers „Irrationaler Überschwang“, in dem er die New-Economy-Blase auf dem US-Aktienmarkt prognostizierte. Einer breiten Öffentlichkeit ist er auch durch seine frühen Warnungen vor einer Spekulationsblase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt bekannt. Anders als Fama beschränkte sich Shiller bei seinen Untersuchungen von Preisschwankungen nicht allein auf Marktdaten, sondern er griff zusätzlich psychologische Faktoren auf, die er aus Umfragen ermittelte. Damit etablierte sich der mit einer Psychologin verheiratete Ökonom zu einem Vorreiter der Forschungsrichtung „Behavioral Finance“, die Preisschwankungen an Finanzmärkten hauptsächlich durch Marktpsychologie erklärt. Für die Praxis entwickelte er zusammen mit seinem Kollegen Karl E. Case den nach ihnen benannten Case-Shiller-Index, der die Preisentwicklung auf dem US-Häusermarkt widerspiegelt und der der wichtigste Immobilienpreisindex in den USA ist.

Tragende Steine

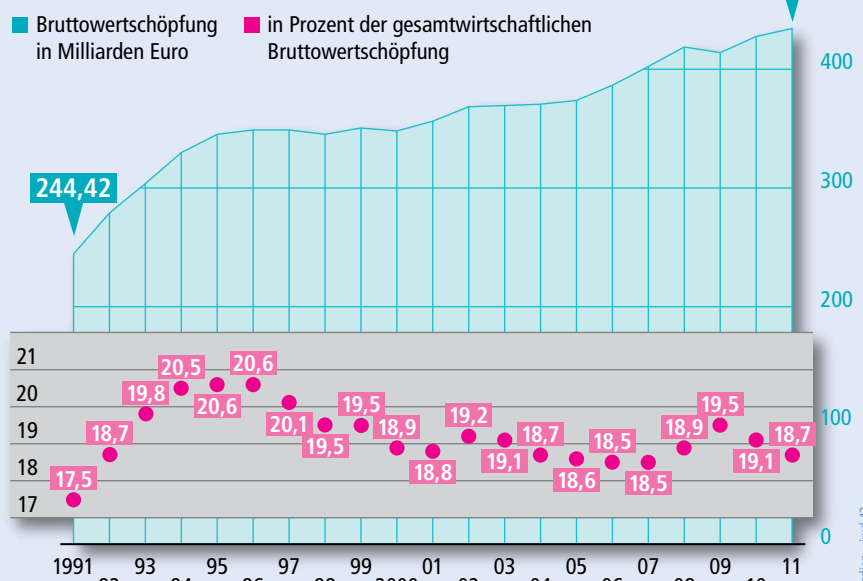
Immobilienwirtschaft. Die Branche hat mit einem seit Jahren beständigen Wachstum von jährlich 2 Prozent mit dazu beigetragen, dass sich Deutschland nach dem Konjunkturreinbruch 2009 schnell erholt hat.

Die Immobilienwirtschaft hat in den vergangenen Jahren im In- und Ausland viele negative Schlagzeilen geschrieben: Der Immobilienboom in den USA und die damit verbundene Spekulationsblase verursachten eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. In Deutschland führte die Schließung zahlreicher offener Immobilienfonds zu viel Unmut bei Anlegern, denn sie konnten ihre Fondsanteile nicht mehr verkaufen.

Gerade hierzulande sorgt die Branche (Kasten) jedoch auch für positive Nachrichten. So konnte die Eurokrise dem Wirtschaftszweig kaum etwas anhaben, weil die deutschen Wohn- und Geschäftsbauten langfristig und solide finanziert sind.

Adressaufkleber

Wirtschaftsfaktor Immobilien



Immobilienwirtschaft: Bauwirtschaft, Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Immobilienwirtschaft; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 43

Die Immobilienwirtschaft

Zur Immobilienwirtschaft zählen fast 800.000 Unternehmen – angefangen von Architekten über Bauunternehmen bis hin zu Bausparkassen. Sie machen ein Viertel aller Firmen in der Bundesrepublik aus und beschäftigen 2,8 Millionen Menschen. Das sind 10 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland.

In einzelnen Bereichen wie der Vermittlung von Wohnraum oder dem Immobilienhandel brach der Umsatz zwar vorübergehend ein, die Branche insgesamt konnte ihre Wirtschaftsleistung aber halten und sogar ausbauen (Grafik):

Laut einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) erbringt die Immobilienbranche fast ein Fünftel der Bruttowertschöpfung Deutschlands – 2011 waren das 434 Milliarden Euro.

Die Immobilienwirtschaft ist damit eine der größten Branchen der

deutschen Volkswirtschaft. Der Handel (226 Milliarden Euro), der Fahrzeugbau (81 Milliarden Euro) und ebenso der Maschinenbau (74 Milliarden Euro) liegen deutlich hinter der Immobilienwirtschaft.

IW Köln|IRE|BS|ZEW:
Wirtschaftsfaktor Immobilien 2013 – Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Immobilienwirtschaft
 Initiiert von:
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV)
und Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung (gif)

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.